Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 13 600, wöchentl. 3800, durch Boten bezogen 14 000, bei Postbezug 14 000 M (ohne Bestellgeld). Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 600 M, Sonnabends 800 M. Alle Preise freibleibend. Postscheckk. Leipzig 16 654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird k. Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Anzeigenpreis Der 8gespaltene Millimeter Satzraum 400 M und der 3gespaltene Millimeter Reklameraum 1600 M. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 1000 M in Zahlung genommen. Ziffergebühr 1200 M. Porto besonders. Alle Preise freibleibend. Anzeigenschluß vormittags 10 Uhr. Sammelanzeigen Sondertarif. Fernsprecher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger — Herausgeber Ludwig Baltz)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 161. — Donnerstag, den 12. Juli 1923. — 163. Jahrgang.

Vor der englischen Regierungserklärung.

Die englische Politik bleibt unverändert.

London, 12. Juli. Auch hier wird die Spannung immer fühlbarer, je mehr sich die Stunde der beiden identischen Regierungserklärungen Curzons und Baldwins im Ober- bezw. Unterhause nähert. Das Kabinett trat gestern wieder zusammen, um die letzte Feile an der Regierungserklärung anzulegen und diskutierte dabei auch den voraussichtlich weiteren Verlauf der Aktion. Wie man zuverlässig vernimmt, wird sich die Erklärung in gemäßigter Sprache bewegen und die Gründe darlegen, die England zu seiner neuen Politik bewogen haben. **Die Erklärung wird sich Frankreich gegenüber äußerst höflich** halten, aber klar und bestimmt die Notwendigkeit für England festlegen, jetzt eine feste Linie zu beschreiten. Frankreich wird eingeladen werden und es wird gesagt werden, daß alles gut ist, wenn es dazu bereit sein wird. **Weiterhin wird Deutschland in der Erklärung der Rat erteilt werden, den passiven Widerstand zu beenden, und die Sabotageakte zu unterdrücken, wofür ihm England versprechen würde, es bei der Erstrebung besserer Bedingungen zu unterstützen.**

In einer Reuternote wird berichtet: Wenn es auch möglich sei, daß die Unterredung zwischen Lord Curzon und dem französischen Botschafter einiges neue Licht auf die französische Auffassung geworfen habe, so könne doch zweifellos angenommen werden, daß die Politik der britischen Regierung unverändert bleibt. Es sei jetzt sicher, daß diese heute im Parlament ausführlich zur Darstellung gelangen werde. In der Reuterauslassung wird ferner mit Befriedigung festgestellt, daß die französische Presse eine freundlichere Tendenz zeigt und daß Anzeichen für ein Verlangen nach engerer Zusammenarbeit vorzuliegen scheinen, ein Gefühl, das in London selbstverständlich vorherrsche.

Ein englischer Arbeiterführer zur Situation.

London, 12. Juli. Ben Tillet, der bekannte Arbeiterführer und Mitglied des Unterhauses, gab gestern in einer Aussprache im Transportarbeiterverband der öffentlichen englischen Meinung beredten und treffenden Ausdruck. Er forderte die Arbeiter auf, den Ministerpräsidenten in der gegenwärtigen Krise zu unterstützen, der zwar einer der schärfsten Männer sei, die die Premierschaft hätten erhalten können, der aber in seiner Absicht, der Diplomatie zu widerstehen, die uns in neue Kriege schleife, wie sie uns schon von jeher in alle bekannten Kriege geschleift habe, von den Arbeitern unterstützt werden müsse. **Wir befinden uns tatsächlich in einem neuen Kriege, von dem wir nur errettet werden könnten, wenn man Deutschland rettet und Frankreich rettet.** Ben Tillet sagte, er sei davon überzeugt, nur ein Krieg oder die Drohung mit einem solchen werde Frankreich aus Deutschland entfernen. Die Arbeiter müßten ihrer Verantwortung eingedenk sein und in unmißverständlicher Weise erklären, daß es keinen Krieg mehr geben dürfe. Sie müßten allen ihren Einfluß auf die deutschen und französischen Arbeiter aufbieten, um zusammen in einer gemeinschaftlichen Front gegen die Kriegstreiber zu stehen.

Benesch, der verspätete Friedensengel.

London, 12. Juli. Benesch, der, wie schon gemeldet, vorgestern abend hier eintraf, frühstückte gestern bei Curzon. Er weilt hauptsächlich in London zu dem Zweck, die Besprechungen über die Auflegung der tschechischen Nationalanleihe zu vervollständigen; aber zweifellos hat er auch die Absicht, die Rolle des Friedensstifters zwischen England und Frankreich zu spielen. Man glaubt hier aber, daß er zu spät kommt, um dabei noch etwas Gutes zu tun.

Belgiens Haltung.

Paris, 12. Juli. Der „Temps" meldet, daß die belgische Regierung das Ruhrgebiet nicht mehr als produktives Pfand betrachte. Man sei aber immer noch überzeugt, daß aus dem Ruhrgebiet möglichst viel herausgeholt werden müsse (!!). Die Zwangsmaßnahmen sollen dazu führen, Deutschland zur Kapitulation zu bringen (!). Sobald dieses geschehen sei, würde Belgien eine Annäherung an England suchen, aber nur dann, wenn sich Frankreich und England über die Höhe der Forderungen an Deutschland geeinigt hätten.

Zwischen Paris und Brüssel bestehen Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich einer Ministerzusammenkunft. Schon am letzten Sonnabend hatte der belgische Botschafter in Paris Poincare mitgeteilt, Theunis wolle mit ihm eine Besprechung abhalten. Erst heute wird bekannt, daß Poincare erwiderte, man solle zunächst die Erklärungen Baldwins im Unterhause abwarten, damit auf der Konferenz des belgischen und französischen Ministerpräsidenten die Lage klar übersehen werden könne.

Gleichzeitig teilt der Quai d'Orsay mit, er könne die Notwendigkeit nicht einsehen, selbst nach der Erklärung Baldwins im Unterhause eine Zusammenkunft zwischen Poincare und Theunis stattfinden zu lassen. Dagegen erklärt man in Brüssel weiterhin, eine solche Zusammenkunft sei wünschenswert und soll nicht länger als bis zum Schlusse dieser Woche aufgeschoben werden.

Absage des belgischen Kabinetts an den Papst.

Brüssel, 12. Juli. Nach einer Rede des Senators aus Antwerpen Lebon, der die Besetzung der Ruhr bekämpfte, ergriff in der Dienstagssitzung des Senats Jaspar das Wort, um die Umtriebe der katholischen Kreise gegen die Ruhrpolitik zu bekämpfen. Er sowie nach ihm Theunis betonte, daß sich die belgische Regierung wohl der Schwierigkeiten bewußt gewesen sei, die mit der Besetzung der neuen deutschen Gebietsteile kommen mußten. Jaspar sagte, er habe den passiven Widerstand Deutschlands vorhergesehen. Man dürfe jetzt nicht die Uneinigkeit vor dem Feinde propagieren. An dem Tage, an dem die Regierung ihre Aufgaben beendet habe, werde sie Rechenschaft ablegen. Es sei heute Pflicht, an der Seite der Verbündeten auszuharren, bis der Sieg errungen sei. Theunis erklärte ergänzend, die Regierung sei entschlossen, ihre kostbaren Freundschaften aufrechtzuerhalten und mit Entschlossenheit, aber Mäßigung die Ruhrpolitik fortzusetzen.

* * *

Vorbereitungen für die Rheinische Republik?

Münster, 12. Juli. Von einer über die französischen Pläne unterrichteten Persönlichkeit wird über die Vorbereitungen für die Rheinische Republik u. a. folgendes mitgeteilt: Ende Juni bezw. Anfang Juli dieses Jahres fand eine Zentralratssitzung der Anhänger der Rheinland-Republik mit bekannten französischen Persönlichkeiten in Köln statt. Die Versammlung befaßte sich mit der Ruhraktion. Smeets sagte in der Versammlung wörtlich: **Nun wollen wir mal unsere Anträge der französischen Regierung unterbreiten. Hoffentlich tritt sie unseren Anschauungen bei.** Smeets ist in der Sitzung für rücksichtslose Besetzung des Ruhrgebiets eingetreten, ebenso für rücksichtslose Ausweisung der Spitzen der Behörden, sowie von vermögenden Beamten, da er fälschlich von der Annahme ausging, sie würden eher in französischen Diensten arbeiten, als Haus und Hof verlassen. Ferner trat Smeets für rücksichtslose Beschlagnahme aller Geldmittel ein. Später hat Smeets in Koblenz mit Tirard längere Verhandlungen darüber gepflogen. Es wurde auch der **Plan eines neuen französischen Gewaltakts erörtert, in dem ein besonders barbarisches Vorgehen vorgesehen ist,** um die geplante Ausweisung der nicht französisch gesinnten Bevölkerung mit aller Schärfe durchführen zu können. **Alle Gegner der Rheinischen Republik sollen rücksichtslos ausgewiesen werden.** Von Smeetsleuten werden bereits Listen aufgestellt. Ebenso sind zahlreiche Unterdrückungsmaßnahmen der Franzosen (Bahnschutz usw.) in erster Linie auf Anträge der Smeetsleute in Köln zurückzuführen. Smeets tritt gegenüber Dorten als der weit gefährlichere auf: da Dorten nur theoretisch arbeitet, während Smeets praktisch alle Pläne in die Wirklichkeit umsetzt. Hierfür werden ihm dauernd große französische Geldsummen zur Verfügung gestellt: ebenso werden ihm französische Autos für seine Zwecke gestellt.

Der unerschütterliche Widerstand.

London, 11. Juli. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle" schreibt anläßlich der sechsmonatigen Wiederkehr des Tages des Einmarsches in das Ruhrgebiet: Er habe bei einer Anzahl von Rundfahrten durch das besetzte Gebiet festgestellt, daß der Wille der Bevölkerung zum Aushalten niemals so stark gewesen sei wie jetzt.

Ein neuer Mord.

Vor den Augen der Frau erschossen.

Oberhausen, 11. Juli. Der Kellner Kruse wurde von einem belgischen Soldaten angehalten und nach seinen Papieren gefragt, die er vorwies. Darauf führte ihn der Belgier um das Wohnhaus herum und tötete ihn durch drei Schüsse. Die Frau des Ermordeten war vom Fenster ihrer Wohnung aus Zeuge dieses Vorgangs.

England und Frankreich.

Das Freundschaftsverhältnis zwischen England und Frankreich, zwischen John Bull und Marianne, hat dieser Tage einen ernsten Stoß erhalten. Die letzten Nachrichten aus London lassen keinen Zweifel mehr zu, daß England im Notfalle zum selbständigen Vorgehen fest entschlossen ist. Selbstverständlich wird an diesen Entschluß wieder die Beteuerung geknüpft, daß niemand in englischen maßgebenden Kreisen an eine Aufgabe der Entente mit Frankreich denke. Man möchte alles tun, um den Konflikt wie eine Familienangelegenheit zu behandeln. Man möchte unter gar keinen Umständen taktlos erscheinen. England will seine politische Selbständigkeit, aber es möchte auch keinen Kampf mit Frankreich. Das ist klar, aber wenn auch die äußere Form dieser ersten englischen Willenserklärung seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles denkbar schonend, denkbar sanft und zuvorkommend ist, so bleibt doch für Frankreich ein Rest, der ihm peinlich zu tragen sein wird. Die Besprechungen zwischen dem Botschafter St. Aulaire und Lord Curzon sollen nicht wieder aufgenommen werden, d. h. England hat zunächst sein letztes Wort gesprochen. Es will die deutsche Note entgegenkommend beantworten, und die in dieser Hinsicht gefaßten englischen Kabinettsbeschlüsse sind deutlich und verständlich genug.

Vom deutschen Standpunkt aus gesehen ist dieser englisch-französische Zwist kein Anlaß zu besonderer Freude und besonderer Genugtuung. Für uns bedeutet diese Auseinandersetzung zweifellos eine unmittelbare und dringende Gefahr und es handelt sich viel weniger um die Frage der Erhaltung der Entente, um den Gegensatz zwischen England und Frankreich: das könnte uns im höchsten Grade gleichgültig sein. Worauf es ankommt, ist die mutmaßliche Wirkung auf unsere Lage, und hier liegen in der Tat ernste Gefahren. Frankreich steht heute vor der Wahl, entweder nachzugeben und letzten Endes nach einigem Hin und Her, nach einigen Winkelzügen und politischen wie diplomatischen Manövern aus dem Ruhrgebiet abzuziehen, oder aber den Kampf zu Ende durchzufechten ohne Rücksicht auf die Stellung Englands. Das letzte ist die Lösung, welche die größere Wahrscheinlichkeit für sich hat. Frankreich kann nicht politisch zurück. Ein Abmarsch oder auch nur ein Nachgeben, oder auch nur ein scheinbares Nachgeben in der Ruhrfrage bedeutet für Frankreich eine militärische Niederlage. An sich wäre das Eingeständnis, eine politische Torheit begangen zu haben, kein Anlaß zur Anwendung der schärfsten Maßnahmen. Aber die französische Armee, der französische Offizier, der französische General empfindet die durch den passiven Widerstand im Ruhrgebiet geschaffene Lage eben als eine militärische Niederlage. Darum gestattet ihm sein Selbstgefühl kein Zurückweichen, keinerlei Nachgeben. Er muß auf dem einmal eingeschlagenen Wege vorwärts gehen bis zum Ende. Wie das Ende aussehen wird, darüber besteht selbst in gemäßigten französischen Kreisen kein Zweifel. Marschieren die Franzosen heute nicht ab, setzen sie die bisherige Politik fort, so bedeutet das den Ruin, die Zerstörung Frankreichs und nicht Deutschlands. Denn Deutschland, so schwer auch die Zeit sein mag, der wir in diesem Falle entgegengehen, hat nichts mehr zu verlieren und alles zu erhoffen. Frankreich hat alles zu verlieren und nichts zu erwarten. Es liegt in dieser Situation zweifellos eine gewisse Tragik und es bleibt abzuwarten, ob es der englischen Staatskunst gelingen wird, diesen scheinbar unlösbaren Knoten ohne Anwendung des Schwertes zu lösen.

Der Krieg gegen Kinder.

Erschütternde Bilder bot ein Zug ausgewiesener Eisenbahner, der dieser Tage auf dem Kölner Hauptbahnhof verpflegt wurde. Eine ältere Frau aus Aachen, die an Lungenentzündung schwer erkrankt war und erst vor wenigen Tagen die Krisis überstanden hatte, war darunter. Sie wurde, da sie gleichzeitig schwer an Rheumatismus leidet und daher nicht bewegungsfähig ist, in Aachen mit einem Krankenauto zum Zuge gebracht, wo sie mit abgeschoben werden sollte.

Ein fast noch ergreifenderes Gegenstück hierzu bildete **ein acht Wochen alter Säugling, der nur drei Pfund wog.** Der Vater war vier Tage nach der Geburt seines Kindchens ausgewiesen worden und so mußte es, dazu noch in Sommerhitze, allein mit der Mutter die Fahrt ins unbesetzte Deutschland antreten. Unter 60 Ausgewiesenen waren diesmal 25 Kinder, darunter drei Säuglinge unter acht Wochen und zwei von wenigen Monaten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230712-11/fragment/page=0001

Verschärfter Terror in Duisburg.

Duisburg, 11. Juli. Wegen angeblicher Beschimpfung und Verhöhnung belgischer Patrouillen ist eine neue Verschärfung des Belagerungszustandes eingetreten. Der Bevölkerung ist es verboten, nach 8 Uhr sich an oder hinter dem Fenster zu zeigen. In Jgel bei Trier wurde aus unbekannten Gründen der Belagerungszustand verhängt.

Milliarden geraubt.

Buer, 11. Juli. Vor dem Gebäude der Essener Credit-Anstalt, Filiale Buer, wurde gestern nachmittag 5 Uhr von der belgischen Besatzung ein Wagen mit über einer Milliarde Lohngelder, die für die Zeche Hugo bestimmt waren, beschlagnahmt. Die Franzosen raubten in der Reichsbank Bochum 700 bis 800 Millionen Mark.

Meuternde französische Soldaten.

Lünen, 11. Juli. Die Zahl der in Lünen wegen Meuterei verhafteten französischen Soldaten hat sich auf über 200 erhöht.

Kundgebung des Reichsfinanzministers

an die Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung.

Berlin, 12. Juli. Reichsminister Hermes hat unter dem 7. Juli an die Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung folgende Kundgebung erlassen:

„Am 10. Juli 1923 sind es sechs Monate, daß der schwere Kampf um den Bestand des Vaterlandes und um die deutsche Ehre am Rhein und an der Ruhr begonnen hat. Wie in den ersten Tagen, so stehen auch heute die Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung in Treue zum Vaterlande. Noch Anfang Juli sind weit über hundert Angehörige der Reichsfinanzverwaltung mit ihren Familien aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden. Alle Leiden haben nicht vermocht, den Widerstand zu beugen. Nur wenige haben ihr Vaterland „erraten und sind um persönliche Vorteile willen in den Dienst des Feindes getreten. Ihre Namen seien für alle Zeiten festgestellt. Es sind Oberzollsekretär Richter, Hauptzollamt Kaldenkirchen, Zollsekretär Schlapp, Zollamt Zweibrücken, Zollsekretär Wolf aus Walhausen, Hauptzollamt Kreuznach, Zollbetriebsassistent Ludwig Böhn, Hauptzollamt Kaiserslautern, Zollgrenzangestellter Mölbus aus Walhausen, Hauptzollamt Kreuznach.

Allen anderen aber, denen, die gewaltsam aus der Heimat vertrieben, denen, die in den feindlichen Gefängnissen unschuldig zurückgehalten sind und denen, die am Rhein und an der Ruhr in zäher Abwehr treu ausharren, spreche ich erneut den aufrichtigsten Dank des Vaterlandes aus. Auch die vierte Ehrenliste ist ein Zeichen dieses Dankes, eine Anerkennung der Pflichttreue zum Vorbilde für alle Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung".

* * *

Ratifikation des Lausanner Vertrages Anfang August.

Paris, 12. Juli. Wie Havas mitteilt, glaubt man in offiziellen türkischen Kreisen, daß die Nationalversammlung von Angora zum 2. August einberufen werde, um die Ratifikation des Lausanner Vertrages noch vor dem 15. August auszusprechen. Man rechnet daher damit, daß die Räumung Konstantinopels Anfang Oktober beendet sein wird.

Lausanne, 12. Juli. Nach Pressemeldungen hat Ismed Pascha am Montag noch nicht die in der Frage der Konzessionen von ihm verlangten Instruktionen aus Angora erhalten. Die letzten Schwierigkeiten, die sich aus der Frage der Zurückziehung der englischen Flotte von Konstantinopel ergaben, sind nunmehr ebenfalls beigelegt worden, nachdem sich England verpflichtet hat, im Sinne der getroffenen Abmachungen nicht nur die Land-, sondern auch die Seestreitkräfte zurückzunehmen.

Das Lausanner Ergebnis im Unterhause.

London, 12. Juli. Im Unterhause erklärte MacNeill auf verschiedene Anfragen über das Lausanner Ergebnis, die heutige Situation sei die, daß in den seit dem vorigen Sonnabend abgehaltenen halboffiziellen Besprechungen eine prinzipielle Einigung zwischen den einladenden Mächten und den Türken erreicht worden sei. Die Sachverständigen wären nunmehr damit beschäftigt, endgültige Entwürfe für den Friedensvertrag festzusetzen und ehe nicht diese Entwürfe von der Vollkonferenz angenommen, alle noch außenstehenden Fragen erledigt und alle Besprechungen mit den Balkanstaaten beendet seien, sei er nicht in der Lage, präzise Angaben über das Datum der Vertragsunterzeichnung und des Regimes der Räumung Konstantinopels zu machen.

* * *

Neuer Vorstoß Severings gegen die Deutschvölkischen.

Jede Wahl- und Werbetätigkeit verboten.

In seinem Erlaß vom 12. Mai d. J. über die Durchführung des Verbots der Deutschvölkischen Freiheitspartei hatte der preußische Minister des Innern für den Fall von Wahlausschreibungen im Sinne des § 15 des Gesetzes zum Schutze der Republik besondere Anordnungen in Aussicht gestellt. Wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, weist der Minister nunmehr für Fälle von Neuwahlen der Gemeindevertretungen (Stadtverordnetenversammlungen), die aus Anlaß von Auflösungen, Eingemeindungen, Gemeindeneubildungen oder aus anderen Gründen erforderlich werden, auf folgendes hin:

1. Infolge des Verbots und der Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei ist jede Werbung für die Partei als solche mit den Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik (§ 19) unvereinbar und deshalb unzulässig. Auch dürfen Wahlvorschläge als Kennwort nicht die Bezeichnung der verbotenen und aufgelösten Partei tragen.

2. Jede Mitwirkung oder Heranziehung jeder etwa vorhandenen Organisation der Deutschvölkischen Freiheitspartei zur Vorbereitung und Durchführung der Wahl ist unzulässig. Wahlversammlungen können weder von der verbotenen Partei selbst noch von einem Parteiorgan einberufen werden.

Glaubt der Herr Minister des Innern wirklich, mit solchen kleinlichen Polizeischikanen die nationale Bewegung erdrücken zu können?

Eine merkwürdige Gemeindeordnung in Sachsen.

Dresden, 12. Juli. Der Sächsische Landtag nahm gestern in zweiter Lesung die neue Gemeindeordnung an, die nach sozialistisch-kommunistischem Rezept gemacht ist. Sämtliche bürgerlichen Minderheitsanträge wurden niedergestimmt, auch der Einwand gegen den Paragraphen der Vorlage, wonach Personen unter Polizeiaufsicht zu Gemeindevertretern und Bürgermeistern gewählt werden können. Auch über die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten ging man hinweg, ungeachtet des Protestes der Bürgerlichen, die hiergegen Reichsregierung und Reichsgericht anrufen werden.

Abbruch des Berliner Metallarbeiterstreiks.

Berlin, 12. Juli. Wie der Metallarbeiterverband nach Mitternacht mitteilt, hat die gestrige Urabstimmung keine zur Fortführung des Streiks erforderliche Majorität ergeben. Infolgedessen hat das Materialkartell beschlossen, die Arbeit in den Betrieben am Freitag wieder aufnehmen zu lassen.

Der wertbeständige Lohn.

Uns wird geschrieben:

Die Erörterungen über die Frage eines wertbeständigen Lohns in der Presse lassen den Eindruck aufkommen, als ob sich die beiden verhandelnden Stellen — Arbeitnehmer und Arbeitgeber — in einem unüberbrückbaren Gegensatz befinden, wobei man den Arbeitgebern den Vorwurf macht, sich aus irgendwelchen nicht näher angegebenen Gründen der Notwendigkeit und Klärung der Lohnfragen zu verschließen. Eine solche Einstellung der öffentlichen Meinung muß für Staat und Wirtschaft zum Verhängnis werden. Die Oeffentlichkeit hat also unter allen Umständen ein Recht darauf, den Sachverhalt so kennen zu lernen, wie er ist. Wie aus allen offiziellen Verlautbarungen der Arbeitgeber hervorgeht, waren diese von Anfang an zu Verhandlungen über diese Frage bereit. Man war sich aber auch auf Arbeitgeberseite bewußt, daß eine falsche Entscheidung die allerschwersten Folgen für das gesamte Volk in kürzester Frist nach sich ziehen müßte. Um aber überhaupt schnellstens einen Weg zur Beruhigung der Lohnempfänger zu finden, wollten die Arbeitgeber, ebenso wie die Gewerkschaften, durch kurzfristige Tarife eine möglichst schnelle Anpassung an die steigenden Lebenshaltungskosten erreichen. Eine Senkung des Geldwertes innerhalb der Tarifperiode sollte durch Zuschläge zu den Grundlöhnen ausgeglichen werden, die nach den äußeren Schwankungen des Geldwertes zu berechnen wären. Wenn nun der äußere Geldwert sich gleich bliebe, die Lebenshaltungskosten aber trotzdem steigen würden, so wollte man einer solchen Lage durch Neuregelung der Grundlöhne Rechnung tragen. Damit würde also dasselbe erreicht werden, was die Gewerkschaften durch die automatische Anpassung an den Lebenshaltungsindex erstreben. Man ist sich also über das zu erreichende Ziel auf beiden Seiten klar. Jedoch ist der einzuschlagende Weg zu diesem Ziel Gegenstand der Meinungsverschiedenheiten. Man kann es durchaus nicht ein verantwortungsbewußtes Handeln nennen, aus verhältnismäßig geringfügigen Meinungsverschiedenheiten Gegensätze zu konstruieren, die einen Volksteil gegen den anderen aufbringen müssen, und dies in einem Augenblick, wo entschlossenes Zusammenstehen das Gebot der Stunde ist.

Sammlung
für die bedrängte Ruhrbevölkerung.

Weitere Spende: K. Müller 20 000 Mark.
Vortrag 3 547 237 Mark, **insgesamt 3 567 237 Mark.**

Aus Stadt und Umgebung

Verdoppelung des Brotpreises.

Mit Wirkung vom 23. Juli wird der Abgabepreis der Reichsgetreidestelle für das von ihr an die Kommunalverbände zur Markenbrotversorgung gelieferte Getreide von 800 000 Mark für die Tonne auf im Durchschnitt 2,4 Millionen Mark erhöht werden. Die Erhöhung war erforderlich, wegen der durch die Markenentwertung steigenden Verluste der Reichsgetreidestelle, die auch mit der neuen Maßnahme noch bei weitem keine volle Deckung finden. Die Heraufsetzung des Abgabepreises wird auch eine Steigerung des Brotpreises naturgemäß zur Folge haben, die man etwa auf **durchschnittlich das Doppelte** der bisherigen Preise annehmen kann. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wegen des Verfalles der Mark, und weil im Brotpreis der Getreidepreis nur etwa drei Fünftel ausmacht, seit dem 4. Juni, der letzten Erhöhung des Abgabepreises, Erhöhungen der Markenbrotpreise durch die Kommunalverbände fast wöchentlich erfolgt sind. Auch nach der am 23. Juli bevorstehenden Erhöhung wird das Markenbrot noch nicht den dritten Teil von dem kosten, was bereits heute für eine gleiche Menge markenfreies Brot aufzuwenden ist.

Der Fernbrief 1000 Mark.

Ab 1. August.

Vom 1. August ab werden die Postgebühren im allgemeinen um das dreifache erhöht werden. Demnach kostet z. B. die Postkarte im Ortsverkehr 200 Mark, im Fernverkehr 400 Mark, der Brief im Ortsverkehr bis 20 Gramm 400 Mark, darüber bis 100 Gramm 600 Mark usw., **im Fernverkehr bis 20 Gramm 1000 Mark**, darüber bis 100 Gramm 1200 Mark usw., Drucksachen bis 25 Gramm 200 Mark usw., Päckchen bis 1 Kilogramm 2000 Mark, Pakete in der ersten Zone bis 3 Kilogramm 2400 Mark, über 3 bis 5 Kilogramm 2600 Mark, darüber bis 6 Kilogramm 4200 Mark usw., in der 2. Zone bis 3 Kilogramm 8400 Mark, bis 5 Kilogramm 7200 Mark, Postanweisungen bis 10 000 Mark 600 Mark, darüber bis 50 000 Mark 1000 Mark, bis 1 Million 4800 Mark, Zahlkarten bis 10 000 Mark 200 Mark, bis 50 000 Mark 250 Mark usw., bis 2 Millionen unbeschränkt 2000 Mark.

*

Das Briefporto als Index.

Das Briefporto als Index macht weitere Fortschritte. Zinse für Reichssteuern werden nach einer Verfügung des Reichsministers der Finanzen seit September v. J. nicht mehr erhoben, wenn die Zinsenbeträge 1000 Mark nicht übersteigen. Dieser Satz ist jetzt durch das Sechsfache der Briefgebühr ersetzt worden. Bei Erstattung von Reichssteuern sollten bisher Zinsen nur über 100 Mark gezahlt werden. Auch dieser Satz ist auf das Sechsfache der Briefgebühr bestimmt worden. Verstanden wird darunter das Porto für einen einfachen Fernbrief.

Die 10 000-Mark-Marke kommt.

Wie wir erfahren, ist von der Reichspostverwaltung die 10 000-Mark-Marke bei der Reichsdruckerei in Druck gegeben worden. Ihre Herstellung ist bereits soweit fortgeschritten, daß die Ausgabe dieser höchstwertigen deutschen Briefmarke in einigen Tagen erfolgen kann.

Die neuen Mietbestimmungen.

Wie wir erfahren, sollen die neuen preußischen Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz, über die vor einigen Wochen mit den Vertretern der Städte, Mieteinigungsämter, Mieter- und Vermieterverbände im Wohlfahrtsministerium verhandelt worden ist, noch in diesem Monat dem preußischen Staatsrat vorgelegt werden. Drei Tage nach dessen Zustimmung würden sie in Kraft treten. Wenn, wie anzunehmen ist, der Staatsrat noch im Laufe dieses Monats zusammentritt, werden die Ausführungsbestimmungen, nach denen sich die Zuschläge für den August richten sollen, zum 1. August in Kraft gesetzt werden können.

Schützenfest des Landjägervereins.

Am gestrigen Tage feierte der Landjägerverein des hiesigen Kreises sein Schützenfest im „Kaffeehaus" zu Meuschau. Vormittags wurde von den Beamten eine Versammlung abgehalten und daran schloß sich ein Sommerfest. In großer Zahl waren Angehörige und Gäste erschienen, und bald zeigte der idyllische Garten ein buntes, lebhaftes Bild. Recht reich wurden die Nachmittagsstunden durch ein Streichkonzert, Verlosung und andere Belustigungen ausgefüllt und mit Einbruch der Dunkelheit fand eine Lampion-Polonaise für die Kinder statt. Verschönt wurde das Fest bis in die späten Abendstunden durch Gesänge des Beamten-Chors. Besonders gefiel das Piston-Solo. Der Regierungspräsident und der Landrat nahmen auch des Abends an dem Feste teil. Zum Schluß setzte im Saale ein flotter Festball ein, der alle Teilnehmer in frohesten Stimmung noch lange Stunden zusammenhielt.

Der hiesige Neulandkreis

feierte am vergangenen Montag in Meuschau ein Sommerfest. Im schattigen Garten des dortigen Kaffeehauses wurden alle Gäste von den Neuländerinnen an freundlich geschmückten Tischen bewirtet. Gemeinsame Lieder und die Verlosung von reizenden Handarbeiten, Obst und praktischen Kleinigkeiten schufen bald frohe Festesstimmung. Den Höhepunkt des Abends bildeten die Darbietungen der Neuländerinnen, unter diesen besonders die mit feinem Verständnis durchgearbeitete und dargestellte „Sonnenwende" von Lulu v. Strauß und Torneh. Es folgten Volkstänze und Lieder. Ein eigenartig vorgetragener Abendgesang beschloß das von Neulandart getragene frohe Fest.

Der Verein der Ostmärker

hielt am 9. ds. Mts. im „Strandschlößchen" seine Monatsversammlung ab, in der der 1. Vorsitzende kurz Mitteilung davon machte, daß der Ostbund eine erhebliche Erhöhung der Bundesbeiträge fordert. Es soll der Wert einer einfachen Fernbriefmarke für den Monat zu Grunde gelegt werden. Die Stellungnahme zu dieser Erhöhung bleibt der nächsten Monatsversammlung, die deshalb als außerordentliche Generalversammlung gedacht ist, vorbehalten. Nachdem der Vorsitzende noch über das schikanöse Vorgehen der Polen gegen unsere deutschen Landsleute in der alten Heimat berichtet hatte, nahm Herr Pfarrer Angermann noch zu einigen kleinen Vorträgen aus und über Posener-Land das Wort, wofür ihm dankbarer Beifall wurde.

Ruderer und Badende.

Der Badestrand bei Meuschau, dessen Betrieb wir vor zwei Tagen gewürdigt haben, ist bis in die späten Abendstunden dicht bevölkert. Neuerdings tanzt man im Wasser Ringelreihen, sehr zum Schrecken aller Ruderer und Paddler, die sich mit ihren Booten, in allen Aengsten schwebend, durch das Menschengewirr hindurchwinden müssen. Dabei sind einige so unvernünftig, sich an das Boot anzuklammern und bringen die Insassen, die es im Augenblick nicht nach einem Bad gelüstet, in Gefahr. Aber nicht nur Menschen bilden ein Wasserverkehrshindernis. Auch Tiere, die in der Schwemme sind. Gestern abend z. B. wurde beinahe ein Pferd vorbeigeführt. Es sei darauf hingewiesen, daß Ruderboote und Kanus, die im Strom ihre Fahrt nicht stoppen können, mit einiger Rücksicht zu behandeln sind.

Die Gerichtsferien

beginnen am 15. Juli und endigen am 15. September. Während der Ferien werden nur in Ferienfachen Termine abgehalten und Entscheidungen erlassen.

Buchhändlerschlüsselzahl 15000.

Mit Wirkung vom 11. Juli ab ist die Schlüsselzahl der deutschen Buchhändler auf 15000 erhöht worden.

Die neuen 500 000-Mark-Scheine.

In den nächsten Tagen werden Reichsbanknoten zu 500 000 Mark in den Verkehr gebracht. Die Noten sind 95×170 Millimeter groß und auf weißem Papier gedruckt. Auf der Vorderseite befindet sich rechts ein 40 Millimeter breiter, nur mit einem länglichen grünen Linienmuster belegter Schaurand, der bei der Durchsicht das von den Banknoten zu 500 Mark her bekannte Wasserzeichen (dunkel und hell umrandete Kordel mit der Zahl 500 und dem Buchstaben M) zeigt. Das Druckbild der Vorderseite wird von einem grünlichen Zierrand eingefaßt. Die Mitte des netzartigen, braunrot und grünen Unterdrucks zeigt ein mehrfarbiges, reichverarbeitetes Linienmuster in eirundem Form, das an den Seiten zwei einander zugekehrte männliche Kopfbildnisse in graugrüner Farbe umschließt. Unter den Köpfen befindet sich in gleicher Farbe der von einem verzerrten Linienmuster umgebenen Kontrollstempel mit der Inschrift „Reichsbankdirektorium". Die in grünschwarzem Druck hergestellte Aufschrift lautet: „Reichsbanknote Fünfhunderttausend Mark usw. Auf der Rückseite befindet sich links eine 40 Millimeter breite, unbedruckte Fläche mit blauer Stoffauflage und purpurroten Fasern. Das von einem schmalen Zierrand eingefaßte Druckbild zeigt in einem graugrünen, nach außen in rotbraunen Strahlen verlaufenden, netzartigen Irisgrunde den Reichsadler in den Farben gelbbraun bis dunkelolivgrün spielend. Oben und unten in der Mitte steht die rotbraune Reihenbezeichnung und Nummer. Dazwischen in grünschwarzem Druck die Aufschrift. — Es werden demnächst vier weitere Serien der Reichsbanknote zu 20 000 Mark vom 20. Februar 1923 ausgegeben.

Kurkosten sind keine Werbekosten.

Aufwendungen für die Gesundheit des Steuerpflichtigen können ebensowenig wie die Kosten der Ernährung als Kosten des Haushalts bei Berechnung des steuerbaren Einkommens abgesetzt werden. Dieses Urteil des Reichsfinanzhofs wird jetzt den Steuerbehörden mitgeteilt. Ein Steuerpflichtiger wollte die Kosten für einen zweimaligen Aufenthalt in einer Klinik zur Bekämpfung von Zucker infolge Ueberarbeitung als Werbungskosten zur Erhaltung seiner Einkünfte durch Wiederherstellung seiner Arbeitskraft abziehen. Der Steuerausschuß war damit einverstanden, Finanzamt, Finanzgericht und Finanzhof sind aber anderer Meinung. Es handelt sich dabei um Aufwendungen, die für die Erhaltung und Fortführung des täglichen Lebens gemacht werden, damit natürlich auch dem Berufe des Steuerpflichtigen dienen, aber doch nicht ihn in erster Linie betreffen.

Personenverkehr nach dem besetzten Gebiet.

Die Einreise in das von den Franzosen und Belgiern besetzte Gebiet ist unmöglich. Der Versuch, die verhängten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230712-11/fragment/page=0002

Sperre zu umgehen, ist mit Lebensgefahr verknüpft. Das Randgebiet ist von den Zurückgewiesenen überfüllt. Es wird daher dringend auch von einer Einreise in das Randgebiet abgeraten, da in ihm Unterkunftsmöglichkeiten überhaupt nicht mehr vorhanden sind und Verpflegung und Unterstützungen nicht mehr gewährt werden können. Für alle Reisen nach dem englisch-besetzten Gebiete sind bis auf weiteres besondere Bescheinigungen erforderlich. Zunächst werden nur berücksichtigt Reiseanträge aus Anlaß von Todesfällen oder zur Erledigung sehr eiliger öffentlicher (einschl. dienstlicher und privater) Angelegenheiten. Die Anträge sind unter Beifügung von Belegen an das Städt. Verkehrsamt in Köln, Domhof 28, zu richten.

Neues über Gesetze, Verordnungen und Bekanntmachungen.

Steckbriefliche Verfolgung im Kino. Eine Fachorganisation der Lichtspielhaleberbesitzer hat sich bereit erklärt, Diapositive von Lichtbildern steckbrieflich verfolgter Verbrecher in den Theaterpausen vorzuführen. (Verfügung v. 27. 4. 23.)

Benutzung der Anklagebank. Um Mißverständnisse zu vermeiden, wird den Gerichten empfohlen, nur in Haft befindliche Angeklagte einen Platz auf der umfriedigten Anklagebank anzuweisen.

Wertbeständige Hypotheken. Um wahrscheinlich die uns bitter notwende alte Sparsamkeit wieder zu fördern, ist von Gesetzes wegen zugelassen, daß die Hypotheken nicht mehr wie bisher in zahlenmäßigen Marktbeträgen ausgedrückt werden müssen, sondern dafür andere Werte als Maßstab der Grundstücksbelastung benutzt werden können. In dem Gesetz vom 23. 6. 23 (RGBl. 407/23) heißt es: Eine Hypothek kann in der Weise bestellt werden, daß die Höhe der aus dem Grundstück zu zahlenden Geldsumme durch den amtlich festgestellten oder festgesetzten Preis einer bestimmten Menge von Roggen, Weizen oder Feingold bestimmt wird. Die Reichsregierung kann mit Zustimmung des Reichsrats auch den in gleicher Weise festgestellten oder festgesetzten Preis einer bestimmten Menge von Kohle, Kali oder anderen Waren oder von Leistungen als Maßstab zulassen. (§ 1) Bei der Zwangsversteigerung wird vor der Abgabe der Gebote bekannt gemacht, welchen Wert die wertbeständige Hypothek hat. Der Wert richtet sich nach den amtlich festgesetzten Preisen der betr. Waren.

Solange wir nicht bauen können und unsere Landwirte kein Geld brauchen, werden diese Hypotheken selten bleiben.

Finanzausgleichsgesetz. Das nun seit langem erwartete und viel umstrittene Gesetz zum Ausgleich der Steuern pp. zwischen Reich Länder und Gemeinde ist auf Seite 483/23 RGBl. bekannt gemacht worden. Damit ist festgestellt, welche Steuern den Ländern bezw. den Gemeinden überlassen werden und welche Sondersteuern und Zuschläge die Gemeinden erheben können.

Die Geltungsdauer der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. 9. 18 in der Fassung der Verordnung zum Schutze der Mieter vom 22. 6. 19 ist bis zum 31. 12. 23 verlängert worden. h.

Neue Amtsbezeichnung für Lehrer.

Nach einem von der preußischen Regierung ausgearbeiteten Entwurf sollen die als mittelbare Staatsbeamte in Frage kommenden Lehrer folgende Amtsbezeichnung erhalten: Gymnasial und Realgymnasiallehrer, Oberreal- und Realschullehrer, Zeichen-, Gesang- und Turnlehrer, ordentliche Lehrer der Besoldungsgruppe 8 und 9 werden Oberschullehrer; ordentliche Lehrerinnen, Gewerbe-, Turn und Hauswirtschafts- und Handarbeitslehrerinnen an höheren Schulen sowie Jugendleiterinnen werden Oberschullehrerinnen; Oberzeichen- und Obermusiklehrer (Besoldungsgruppe 10) werden Studienrat; Seminardirektoren (Besoldungsgruppe 11 bis 12) werden Studiendirektor; Seminaroberlehrer (Besoldungsgruppe 10 bis 11) werden Seminarstudienrat; ordentliche Seminarlehrer bezw. -lehrerinnen (Besoldungsgruppe 9 bis 10) werden Seminaroberlehrer bezw. -lehrerinnen.

* * *

Verbrannt.

Querfurt, 11. Juli. Das zweijährige Kind des Lagerhalters Pauschel ist gestern auf furchtbare Weise ums Leben gekommen. Das Kind machte sich in einem unbewachten Augenblick an einem Wäschetopf mit heißem Wasser zu schaffen. Das Gefäß fiel plötzlich um und das heiße Wasser ergoß sich über das Kind, das an der linken Gesichts- und Körperhälfte Verbrennungen erlitt, denen es erlag.

Die neue Spielzeit des Stadttheaters Halle.

Halle, 11. Juli. Die Vorbereitungen für die kommende Spielzeit 1923/24, die am Sonnabend, dem 1. September, mit Friedrich Hebbels „Nibelungen" eröffnet wird, sind in vollem Gange.

Neu verpflichtet wurden für das Schauspiel: Kurt Weiße vom Preußischen Theater in Gera, Marianne Miersch vom Nationaltheater in Weimar, Berthel Greter vom Stadttheater Halberstadt; für die Oper: Fritz Vollmann vom Stadttheater Nürnberg, Georg Haupt vom ehemaligen Halleschen Operettentheater, Peter Abeck vom Stadttheater Duisburg, Fritz Berghoff vom Stadttheater Nürnberg; Fritz Müller-Raven vom Stadttheater Nürnberg, Carsten Derner von der Kgl. Oper in Kopenhagen, Heinz Prybitz vom Stadttheater Münster, Otto Wudtke-Braun vom Stadttheater Rostock, Gertrud Michaelis vom Stadttheater Bremerhaven und Trude Wilsdorf vom Landestheater Neu-Strelitz.

Das System der Dienstag- und Freitag-Stammkarten wird auch in der kommenden Spielzeit beibehalten. Die Zeichnungslisten werden ab 20. August ausgelegt. Den bisherigen Stammkarten-Inhabern bleiben ihre Plätze zwei Tage lang reserviert.

Aus Provinz und Reich

Feuer.

Wernigerode, 11. Juli. Eins der schönsten altertümlichen Häuser unserer Stadt ist durch einen erheblichen Dachstuhlbrand arg beschädigt worden. Auf bisher noch unaufgeklärte Weise entstand im Gerlitzischen Hause in der Breitenstraße ein Dachstuhlbrand, der in dem Gebälk des hohen Daches reiche Nahrung fand. Glücklicherweise konnten die wertvollen Schnitzereien der Fassade vor dem Feuer gerettet werden. Bei den Löscharbeiten, an denen sich auch die Wehren der Nachbarorte beteiligten, ließen wiederholte Schlauchschäden die Wasserzufuhr stocken, so daß sich der Mangel einer Autospritze immer mehr bemerkbar machte. Wie wir hören, soll beim Einsturz eines Schornsteins ein Arbeiter verletzt und ins Krankenhaus verbracht worden sein.

75. Jahresfeier.

Eckartsberga, 11. Juli. Das hiesige Knabenrettungshaus neben Diakonenanstalt, bekannt unter dem Namen „Eckartshaus", beging dieser Tage seine 75. Jahresfeier. In dem Festgottesdienste in der Anstaltskirche predigte Pastor Heil aus Schkopau. Der Vorsitzende des evangelischen Fürsorgevereins der Provinz Sachsen, Landrat Freiherr von Münchhausen, gab in seinem Festvortrage einen Rückblick auf die Geschichte der Anstalt, in der gegenwärtig einige 70 Knaben erzogen werden. Die Anstalt kann 150 Knaben Aufenthalt gewähren.

Letzte Depeschen

Amerikas Stellungnahme.

Paris, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Aus Washington meldet „Newyork Herald": Die amerikanische Regierung sei entschlossen, die englische Politik, wie sie Baldwin im Unterhaus darlegen dürfte, voll zu unterstützen. Falls Baldwin die Einberufung eines internationalen Ausschusses zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit vorschlagen sollte, werde Amerika aber auf eine offizielle Beteiligung an den Arbeiten dieses Ausschusses verzichten müssen, weil der Kongreß, ohne den eine Entscheidung nicht getroffen werden kann, zur Zeit in Ferien sei. Staatssekretär Hughes werde jedoch die Bereitwilligkeit des amerikanischen Volkes betonen, das an sich bereit sei, die Arbeiten des Komitees zu unterstützen, durch Entsendung eines nicht offiziellen Delegierten.

Die Rheinischen Stahlwerke erneut besetzt.

Essen, 12. Juli. Die Rheinischen Stahlwerke in Duisburg-Meiderich sind gestern morgen erneut besetzt worden.

Sieg des Deutschtums im Saargebiet.

Köln, 12. Juli. Das Ergebnis der am Sonntag in Saarbrücken stattgefundenen neuen Gemeinderats- und Kreistagswahlen liegt nunmehr endgültig vor. Danach erhielten Zentrum 19 Sitze, Sozialisten 13, Liberale Volkspartei 11, Demokraten 4, Deutschnationale 3, Kommunisten 4, Vereinigung der Haus- und Grundbesitzer 6 Sitze.

Annahme des Washingtoner Abrüstungsvertrages im französischen Senat.

Paris, 12. Juli. Der französische Senat nahm gestern mit 24 Stimmen Mehrheit die Ratifizierung des Washingtoner Vertrages über die Rüstungseinschränkungen zur See an.

Der heutige Dollarstand: 187000.

Berlin, 11. Juli. (Eig. Drahtber.) Der Dollar notierte heute amtlich 187 000 (Mittelkurs).

Neue Marktstützungsversuche.

Berlin, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Reichsfinanzministerium hat gestern eine Besprechung stattgefunden, in der besonders die deutschen Währungsverhältnisse zur Sprache kamen. Es wurde eine ganze Reihe von neuen Maßnahmen zur Stützung der Mark beschlossen, die bereits in der nächsten Zeit zur Ausführung kommen sollen. Es handelt sich hier nicht um neue Verordnungen, sondern um eine technische Ausgestaltung auf der Basis der bereits bestehenden Verordnungen.

Verständigung Zeigners mit Cuno?

Berlin, 12. Juli. (Eig. Drahtber.) Die „B. Z." glaubt zu wissen, daß eine Verständigung, die die Art und das Maß der außenpolitischen Betätigung der deutschen Minister für die Zukunft festlegt, bei der kürzlichen Unterhaltung zwischen dem sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner und dem Reichskanzler Dr. Cuno zum mindesten angebahnt wurde.

Der Parchimer Mord.

Leipzig, 12. Juli. (Eig. Drahtber.) In der Parchimer Mordaffäre hat nunmehr der Untersuchungsrichter die Voruntersuchung eröffnet. Das Verfahren richtet sich gegen 12 Angeschuldigte.

Schweres Straßenbahnunglück in Berlin.

Berlin, 11. Juli. Die Feuerwehr wurde heute vormittag gegen 9 Uhr an die Ecke der Prinzen- und Wasserkorstraße gerufen, an der zwei Straßenbahnwagen zusammengefahren waren. Ein Wagen der Linie 36 war mit voller Wucht gegen einen die Prinzenstraße kreuzenden Straßenbahnzug, der eine Kinderferienkolonie nach Treptow fuhr, aufgefahren. Der Straßenbahnzug, bestehend aus einem Triebwagen und zwei Anhängern, war mit etwa 400 Kindern und einer Lehrerin auf dem Wege zum Plänterwald. Durch den Zusammenprall sprang ein Anhänger aus den Schienen, alle Fensterscheiben gingen in Trümmer, und etwa zehn Kinder sowie die Lehrerin erlitten Verletzungen. Die Feuerwehr barg sofort die Verunglückten und schaffte drei Kinder sowie die Lehrerin ins Urbankrankenhaus, weil sich deren Verletzungen als ernst, wenn auch nicht lebensgefährlich herausstellten. Die übrigen sieben Leichtverletzten konnten nach Anlegung von Notverbänden wieder nach Hause entlassen werden.

Unruhen in Potsdam.

Berlin, 11. Juli. Auch in Potsdam ist es Mittwoch vormittag zu Lebensmittelunruhen gekommen. Auf dem Wochenmarkt bildeten sich Ansammlungen, die von verschiedenen Händlern Verkauf zum Einkaufspreis forderten. Ueberall griff die Schutzpolizei ein und konnte die Ansammlungen zerstreuen. Die Marktstandinhaber verließen angesichts der erregten Menge schon bald nach 10 Uhr vormittags den Markt. Sie konnten auch ungehindert abziehen. Später zogen größere und kleinere Trupps vor einzelne Lebensmittelgeschäfte, um dort die Abgabe einerr gewissen Menge Lebensmittel zu ermäßigten Preisen zu erzwingen, diesem Verlangen wurde zum Teil auch nach Verhandlungen mit den Demonstranten entsprochen. So war dies z. B. bei der Lebensmittelhandlung von Schwetasch in der Scharrnstraße der Fall. Eine Abordnung war zum Rathaus gezogen, um ein Eingreifen der städtischen Behörden zu erwirken. Oberbürgermeister Wossberg begab sich daraufhin mit dem Vorsteher der städtischen Preisprüfungsstelle und den Dezernenten des Potsdamer Wohlfahrtsamts auf den Wochenmarkt und hielt eine Ansprache, die auch beruhigend wirkte.

Das Urteil im Kommunistenprozeß.

Berlin, 11. Juli. Der ganze Vormittag der Dienstag-Sitzung wurde noch mit den Erwiderungen des Staatsanwalts und der Verteidiger und den politischen Schlußreden der Angeklagten Steinicke und Dr. Rosenberg ausgefüllt. Nach vierstündiger Beratung sprachen die Geschworenen den Angeklagten Redakteur Steinicke schuldig der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze unter Verneinung der schwereren Frage der Aufforderung zur Begehung eines Landfriedensbruchs. Die Angeklagten Dr. Rosenberg und Jegelka wurden nicht schuldig befunden. Bei den übrigen Angeklagten wurde Rädelsführerschaft in allen Fällen verneint und nur schuldig des einfachen Landfriedensbruchs erkannt. Vier Angeklagte (Krawczak, Schwarzwald, Köhn und Krüger) wurden freigesprochen. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmud beantragte gegen Steinicke sechs Monate Gefängnis, gegen die Abrigen nur ein Jahr Gefängnis, soweit sie schuldig befunden worden waren.

Das Gericht verurteilte Steinicke zu sechs Monaten Gefängnis, die Angeklagten Heppner, Maslow, Koch, Bastian zu je einem Jahr, Buch zu zehn Monaten Gefängnis, zwei weitere Angeklagte zu je vier Monaten Gefängnis. Einem Angeklagten wurde Bewährungsfrist bewilligt. Die Haftentlassung der verurteilten Asylisten wurde abgelehnt.

Eine ganze Brücke gestohlen.

Soest, 11. Juli. Wie das Soester Kreisblatt meldet, ist eine der bereits im Eisengerüst fertiggestellten Brücken über den projektierten Linnekanal von Dieben abmontiert worden. Die schweren Eisenträger hat man auf Lastautos abgefahren.

*

Unwetter in London.

London, 11. Juli. Ein schwerer sechsstündiger Gewittersturm ging mit einer Heftigkeit über London nieder, wie er seit Jahrzehnten nicht erlebt worden ist. 132 Feuerleitungen darunter sechs nach dem Kontinent, wurden gestört.

Handel und Verkehr.

Devisen weiter unter Kontrolle.

Berlin, 11. Juli. Die Reichsbank setzt kraft ihres Devisen-Monopols ihre Zuteilungspolitik fort. Die Lesetzt sind demnach ziemlich willkürlich. Zu den amtlichen Kursen wurden heute z. B. zugeteilt Newyork, London und Amsterdam mit 4 Prozent, Italien und Schweiz mit 5 Prozent, Prag, Paris etc. mit 3 Prozent, Skandinavien mit 8—10 Prozent etc. Newyorker Notierungen scheinen völlig unterdrückt zu werden, sodaß jeder Maßstab für den wirklichen Devisenstand z. Z. völlig fehlt, Polennoten 134,50—140,50 bei 7 Prozent Zuteilung.

Amtl. Berliner Devisenkurse vom 11. Juli.

Amsterdam 73 817,50—73 182,50, Kopenhagen 32 518,50—32 681,50, Stockholm 49 476—49 724, Rom 8039,50—8080,50, London 857 850—862 150, Newyork 186,532—187,468, Paris 11 132—11 188, Zürich 32 518,50—32 681,50, Prag 5665,50—5694,50.

Effektenbörse unsicher.

Berlin, 11. Juli. Der amtliche Druck, unter dem der Devisenmarkt gehalten wird, macht die Effektenbörse unsicher und schwankend. Die Nachricht vom Verzicht der Reichsbank auf eine Diskonterhöhung wirkte belebend. Konzernkäufe finden weiterhin in großem Ausmaß statt. Mannesmann gewannen 700 000 Prozent Phönix, Harpener, Gelsenkirchener desgl. je 250—300 000 Prozent, dagegen verloren Kattowitzer und Caro je 300 000, Rhein. Braunkohlen 150 000, und Essener Steinkohlen 200 000 Prozent. Auch Kali-, chemische und Elektrizitätswerte zunächst stark abgeschwächt, ebenso Metall- und Petroleumwerte. Valutawerte meist ebenfalls flau, nur Oestreicher fest. Deutsche Anleihen fest. Concordia-Spinnerei 1000 000 Prozent besser. Banken meist etwas schwächer.

An der Nachbörse wurden bei wenig veränderter Tendenz Deutsche Petroleum mit 750 000, Harburg-Wien wesentlich gebessert, mit 400 000, Lloyd mit 635 000, Deutsche Erdöle mit 1 900 000, Mannesmann mit 2 050 000, Rütgerswerke mit 250 000, Zarotti mit 290 000, Mansfelder mit 880 000, Schutzgebiete mit 74 900 und Gebrüder Junghans mit 510 000 ca gehandelt.

Keine Diskonterhöhung.

Der Zentralausschuß der Reichsbank hat sich gegen den Antrag des Reichsbankdirektoriums auf Erhöhung des Diskontsatzes (wie verlautet um 7 auf 25 Proz.) ausgesprochen. Daraufhin hat das Reichsbankdirektorium von einer Erhöhung Abstand genommen, obwohl es möglich gewesen wäre, auch gegen die Meinung des Zentralausschusses den Diskont zu erhöhen.

Erhöhung des schweizerischen Diskontsatzes.

Eine außerordentliche Sitzung des Bundesrats befaßte sich mit den Valutaverhältnissen in der Schweiz. Es soll in den nächsten Tagen eine Erhöhung des Diskontsatzes der Schweizerischen Nationalbank von drei auf vier Prozent bevorstehen.

Produktenmarkt.

Berlin, 11. Juli. Das Geschäft schrumpft angesichts der enormen Preise mehr und mehr ein. Der dringende Bedarf muß aber gedeckt werden und zwingt zur Bewilligung der Forderungen der Produzenten. (Nichtamtlich.) Drahtgepr. Weizenroggenstroh 640—670 000, drahtgepr. Haferstroh 51—55 000, bindfgepr. Weizenroggenstroh 56—58 000, lose und geb. Krummstroh 51—52 000, Häckel 80—83 000, handelsübl. Heu 36—40 000, gutes Heu 43—48 000, Biertreber 193 000, Treber 187 000, Haferschalen 178 000, Haferkleie 175 000, Strohmehl 155 000, Palmenkernschrot 186 000, alles für 50 Kg. ab Verladeort.

Mittagsbörse: Amtlich wurden notiert pro 50 Kg. ab Station: Weizen, märk., 630—645 000, Roggen., märk., 530—535 000, Gerste, Sommer-, märk., 560—575 000, Hafer, märk., 550—560 000, pomm., 540—550 000, Mais waggonfrei Hamburg 540 000, Weizenmehl pro 100 Kg. frei Berlin 1 800 000,—2 100 000, Roggenmehl pro 100 Kg. frei Berlin 1 400 000—1 600 000, Weizenkleie 350—360 000, Roggenkleie frei Berlin 360—370 000, Erbsen, Viktoria 850—950 000, kleine Speiseerbsen 750—800 000, Futtererbsen 700 000, Wicken 500—550 000, Lupinen, blaue, 400—450 000, gelbe 500—550 000, Rapskuchen 475—480 000, Trockenschnitzel 200—210 000, vollwertige Zuckerschnitzel 310—340 000, Dorfmelasse 30/70 230—240 000, Kartoffelflocken 480—500 000.

Berliner Schlachtviehmarkt vom 11. Juli.

Auftrieb: 1003 Rinder, 202 Ochsen, 239 Bullen, 561 Kühe und Farsen, 1755 Kälber, 3472 Schweine, 45 Ziegen. Preise: Ochsen: a) —, b) 20—22 000, c) 18—19 000, d) 15—17 000. Bullen: a) 22—24 000, b) 19—21 000, c) 16—18 000, Kühe und Farsen: a) 20—24 000, b) 20—24 000, c) 18—19 000, d) 15—17 000, e) 13—14 000. Fresser: 15—17 000, Kälber: a) —, b) 33—35 000, c) 30—32 000, d) 26—28 000, e) 20—24 000, Schafe: a) 22—24 000, b) 18—20 000, c) 12—16 000, Weidem. Schafe: a) —, b) —; Schweine: a) —, b) und c) 22 000, d) 20 000, e) 19—20 000, f) 18 000, Sauen 20—22 000. Bei Rindern, Schafen und Schweinen: Verlauf sehr lebhaft. Ziegen 10—11 500.

Starke Preiserhöhung für Stickstoffdüngemittel.

Für alle vom 10. Juli an bis auf weiteres zur Absendung gelangenden Mengen Stickstoffdüngemittel gelten folgende Preise für 1 Kg. Stickstoff: Schwefelsaures Ammoniak, nicht gedarrt und nicht gemahlen, 52 400 Mark, gedarrt und gemahlen 52 900 Mark, Salzsaures Ammoniak 52 400 Mark, Leunasalpeter, Ammonsulfatsalpeter 52 400 Mark, Kalkammonsalpeter 52 400 Mark, Natronsalpeter 62 900 Mark, Kalkstickstoff 46 800 Mark.

Verantwortliche Redaktion: Politik, örtl. und prov. Teil: H. Kegler. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230712-11/fragment/page=0003

Das Meisterwerk des Salvini.

Kriminalroman von Otto Berndt.

Amerikanisches Copyright 1921 by Carl Duncker, Berlin.

[36] Nachdruck verboten.

Das Automobil raste die kurze Strecke durch die Straßen. — Er ging in das Direktionszimmer."

„Nun?"

„Der Mann ist im Vorraum der Kasse."

„Heißt?"

„Fred Wilton, Artist."

Schlüter hätte am liebsten einen lauten Freudenschrei ausgestoßen.

„Was sagt er?"

„War sofort mit einem Kreditbrief einverstanden."

„Auf welchen Platz?"

„Buenos Aires."

„Vorzüglich. Haben Sie ihn gefragt, wie er zu dem Kreditbrief kommt?"

„Mit Absicht nicht, um ihn nicht irrezuführen."

„Sehr gut. Geben Sie ihm den Kreditbrief — möglichst irgendwie fehlerhaft ausgestellt, und dann telegraphieren Sie sofort an die Bank in Buenos Aires, daß er gesperrt ist."

„Und dann kann er gehen?"

„Natürlich, die Telegrammkosten zahle ich selbstverständlich."

Schlüter warf einen Blick in den Kassenraum. Das war Fred Wilton, das war der Gustav Schumann, den er kannte. Jetzt war er seiner Sache gewiß. Er zog Bahnsen ins Vertrauen, Wilton wurde überwacht — freilich, ein Fluchtverdacht bestand im Augenblick kaum, der Mann ahnte ja nichts und wartete auf seine Erbschaft.

In bester Laune holte Doktor Schlüter am nächsten Morgen den Kommissar Schreiber von der Bahn ab.

•

Herr Gustav Schumann, alias Fred Wilton, war auch nach der Einkassierung seines Millionchens durchaus nicht stolz geworden und spielte in keiner Weise den reichen Mann. Sein Engagement am Tivoli hatte er zwar nicht mehr erneuert — dort war überhaupt jetzt ein anderes Programm, aber er tat, als sei er eben ein Artist, der sich ein paar Kronen gespart hatte und nun einmal ein paar Wochen privatisieren wollte. Er blieb ruhig in der einfachen Artistenpension in der Matthäusgade, nahe beim Tivoli, wohnen und ging wenig aus. Höchstens, daß er täglich zum Advokaten Swendsen in die Frederiksgade hinüber wanderte, und sich erkundigte, ob denn noch immer kein Bescheid aus Berlin da sei. Es kamen Stunden, in denen er sich ärgerte, daß er die ganze Erbschaftssache überhaupt angezettelt hatte. Warum war er nicht mit seiner Million zufrieden gewesen? Es war eigentlich doch sehr leichtsinnig, die Welt direkt auf sich aufmerksam zu machen, aber Swendsen hatte ihm doch zugeredet. Eines Tages traf er wieder bei dem Advokaten ein.

„Nachricht da?"

„Jawohl, aber — Herrgott, sind die Menschen in Berlin umständlich! Wir haben doch Ihre Papiere geschickt, Ihren Paß mit Bild, Ihre Aufenthaltsbescheinigung aus Kopenhagen, sogar vom deutschen Konsul bestätigt, auch mit Bild!

Das alles genügt ihnen nicht. Weil ich auf das bestimmteste versichert habe, daß Sie zu krank seien, um selbst nach Deutschland zu kommen, schreibt mir der Justizrat Berlepsch aus Berlin, der richtige Umstandskommissar, wie er im Buch steht, daß er einen Vertreter hierher nach Kopenhagen senden würde, einen Doktor Schreiber, der persönlich mit Ihnen verhandeln und alles in betreff der Auszahlung der Erbschaft beraten wollte.

Fred Wilton hörte eigentlich aus allem nur das Wort „Auszahlung" heraus.

„Na also, dann wird doch gezahlt — wann kommt denn der Onkel?"

„Kann jede Stunde hier sein — ist mit dem Brief zugleich abgereist."

„Teufel, da muß ich machen, daß ich heimkomme. Es macht einen schlechten Eindruck, wenn ein schwerkranker Mann gleich beim ersten Besuch nicht daheim ist."

Swendsen stimmte in sein Lachen ein.

„Also gute Besserung! Nehmen Sie ein Auto und kommen Sie mit dem Mann in mein Büro, oder schicken Sie mir einen Boten, dann komme ich zu Ihnen — einverstanden?"

„Gut, ich werde schicken."

Fred Wilton war bereits auf der Treppe und eilte mit langen Schritten die Straße hinunter, über den Rathausplatz, der Matthäusgade zu.

Doktor Schlüter hatte ihn beobachtet und war hinter ihm hergegangen. Seit er an diesem Morgen die Papiere aus dem Berliner Verbrecheralbum in der Hand hatte, sah er sofort, daß Fred Wilton und Gustav Schumann ein und dieselbe Person waren, aber er übereilte nichts. Auch Kommissar Schlüter war ein Genießer, wenn auch auf kriminellem Gebiet. Hatte er recht lange hinter einem Verbrecher herjagen müssen, war ihm so eine Lösung rechts schwer geworden und wußte er dann den Fuchs in der Falle, dann liebte er es, den Schlußakt des Dramas recht interessant und womöglich humoristisch zu gestalten. Heut war er in der Tat Gedankenleser — er wußte, woher Fred Wilton kam, wohin er ging und was er dachte, und all das war nicht einmal schwer, denn er selbst hatte ja an diesem Morgen einen Brief vom Justizrat Zeller erhalten:

„Gleichzeitig geht ein Schreiben vom Kollegen Berlepsch an den Advokaten Swendsen ab, das besagt, daß sich zur selben Zeit, wie der Brief ein Herr Doktor Schreiber im Auftrag des Testamentsvollstreckers nach Kopenhagen begibt, um mit Gustav Schumann die Auszahlung der Erbschaft zu vereinbaren."

Diese Kunde hatte also der brave Fred Wilton eben erhalten und lief, — trotz seiner „schweren Krankheit" — wie ein Wiesel seiner Wohnung zu, den Gast zu erwarten.

Und vielleicht zehn Minuten, nachdem Wilton selbst sein Haus betreten, zog auch der Kommissar an der Klingel und gab dem hübschen Dienstmädchen, das öffnete, seine Visitenkarte:

„Assessor Doktor Schreiber, Berlin."

Sie war erst an diesem Morgen vom Lithographen gekommen.

Drinnen hatte Fred Wilton inzwischen schnell etwas Ordnung gemacht, seinen Straßenrock mit einer alten Morgenjacke vertauscht und sich auf dem Sofa ausgestreckt.

Das Mädchen kicherte, als es ihm die Karte brachte und seine Vorbereitungen sah.

Sie war ja im Bunde, wenn er ihr auch nicht auf die Nase gebunden, warum er sich krank stellte.

„Ich lasse bitten." — Schlüter trat ein.

„Ich habe das Vergnügen — Herr Gustav Schumann?"

„Der bin ich."

(Fortsetzung folgt.)

Familien-Nachrichten.

Gestorben. Minna Hoffmann, 63 J., Weißenfels; Martha Armann, 26 J., Weißenfels; Elli Agde, 15 Jahr, Uichteritz; Otto Schütz, 65 J., Lützen; Ernst Rudi Barthold, 3 Woch Lauchstädt; Paul Raddatz, 31 Jahr, Mücheln; Otto Meyer, 48 Jahr, Markwerben; Paul Berthold, 41 Jahr, Dehlitz a. Saale; Emilie Hoffmann, 98 J., Merseburg; Lotte Heine, 3 1/2 J., Meuschau; Emilie Hartmann, 82 J., Merseburg.

12000 Mk. pro Kilo für abgespielte und zerbrochene **Grammoph.-Platten** zahlt **Gustav Uhlig,** Halle a. S., Untere Leipzigerstr.

Speisezimmer Schlafzimmer Herrenzimmer Küchen Möbelwerkstätte **Hiller, Leipzig,** Langestr. 22.

Bäckerei zu kaufen gesucht gegen sofortige Kasse. Offerten unter Am 53 an die Geschäftsst d. Bl.

Zahle für ausgek. Damenhaar Kilo Mk. 50000.— (ohne grau). Dunkle Farben bedeutend höher. **Alfred Kluge, Friseur,** Merseburg, Bahnhofstr. 8.

Bücher-Kauf! Ich suche zu kaufen: Meyers Lexikon 6. Aufl., Fuchs, Sittengeschichte, Handworte buchd Naturwissenschaften, 10 Bände Brockhaus Lexikon 1901 bis 1908 u. alle anderen Bücher sowie ganze Bibliotheken. **F. Jahr** in **Rössen** bei Leipzig

DIE QUALITÄTS-SCHREIBMASCHINE

ORGA

DAS MEISTERSTÜCK

deutscher Präzisionsarbeit und praktischer Erfahrung

Ihre unübertroffene Güte und Stabilität verbürgen wir durch Leistung voller

GARANTIE FÜR EIN JAHR

ORGA A.-G., GESCHÄFTSSTELLE HALLE, HERMANNSTR. 28, FERNRUF 4496

Preise für markenfreies Gebäck!

1 Brötchen . . . . . 800 Mark
1 Semmel . . . . . 1600 Mark
1 Brot (1900 Gr.) . . . 24000 Mark

Die Preise treten sofort in Kraft!

Bäcker-Innung Merseburg.

H. Pohl, Leipzig, Sophienstraße 36, Telefon 11515

Wollhandlung

kauft stets Wollen (gew. und ungew.) zu höchsten Tagespreisen. Auf Wunsch Gegenlieferung von Strickgarnen, Stoffen, Wollwaren usw.

Bei Benachrichtigung erfolgt Abholung. Fahrgeld wird den Kunden vergütet.

Beste Absatzquelle für Händler und Landwirte!

Angebote immer erwünscht!

Stiller oder tätiger **Teilhaber** an Lebens-, Genuß- und Waschmittel-Geschäft en gros mit 50—100 Millionen gesucht. Offerten unter G. B. an die Expedition dieses Blattes.

Tücht. älter. Mädchen oder einfache Stütze für gut bürgerlichen Haushalt bei zeitgemäßem Lohn sofort od. später gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Freiwillige und Nachlaß-Auktion!

Sonnabend, den 14. Juli d. Js., ab vormittags 1/2 10 Uhr, versteigere ich im Gasthause „Zur Funkenburg", hier, öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung u. a.: Kleiderschrank, and. Schrank, mehr. Tische, Rohrsitz- u. Holzstühle, Schreibsekretär, Bettstellen mit Matr., 2 Gebett Federbetten, eis. u. Kinderbettstelle, Waschtisch m. echter Marmorpl.; Kücheneinrichtung als: Schrank, Tisch, Stuhl u. Regale; Küchen- u. Wirtschaftsgeräte wie Teller, Tassen, Kannen, Töpfe, Schüsseln, Gläser, Flaschen, Eimer usw., Lampen, Waschständer, Tafel mit Böcken, 2 Glaskasten, Schlitten; Fundsachen, als Wäsche u. Kleidungsstücke, Revolver, Pistolen usw. (an Waffenscheinbesitzer).

Albert Franke, beeidigter Auktionator, Merseburg, Lindenstraße 11.

Kammerjäger Diekmann

Alter Fachmann

(Mitglied des Verbandes Deutscher Ungeziefer-Bekämpfungs-Betriebe E. V.)

ist gegenwärtig in Merseburg und Umgegend u. vertilgt radikal unter einjähriger schriftlicher Garantie Ratten, Mäuse, auch bei gefüllten Scheunen, Speichern, Wanzen, Schwaben usw. nach seiner altbewährten Spezial-Methode. Erfolg bereits sichtbar in wenigen Minuten. Bestellungen erbitte sofort an die Geschäftsstelle d. Blattes.

C. A. KLEMM

Leipzig I Fernspr. 2096 Neumarkt 26

Flügel Pianinos Musikalien Flügel Pianinos

Harmoniums Grammophone Harmoniums Schallplatten

Pianoforte-Reparaturen Stimmungen

Künstler-Notenrollen für 65er u. 88er Apparate

Älterer Herr sucht in gut bürgerlichem Hause baldigst **möbliertes Zimmer.** Wäsche wird gestellt. Off. u. Fr. Exp. d. Bl. erbeten.

Kammer-Lichtspiele

Programm von Freitag bis Montag.

Seefahrt ist not!!

Tief ergreifendes und zu Herzen gehendes Lebensbild in 5 Akt nach dem Roman v. Gorch Fock mit den großen Künstlern Lucie Höflich und Hans Marr.

Fräulein Don Quichotte!!

Gewaltiges ital. Abenteurer- u. Sensations-Drama in 5 Akt. mit Vania Krassensky.

Anfang 5 und 7 1/2 Uhr.

Angenehmer kühler Aufenthalt!

Stadt-Schützenhaus, Halle am Königsplatz.

Vornehmes öffentliches Verkehrslokal

Leistungsfähigste Küche

Gute Biere und Weine

Dem Halle besuchenden Publikum bestens empfohlen.

Telefon 6546. Ernst Hempel.

Die billige Reise nur mit **Mey's Stoffkragen**

Sie werden nicht gewaschen, sondern fortgeworfen, wenn sie unsauber sind, daher sind sie vorteilhafter und billiger als Leinenwäsche.

Hauptverkaufsstelle: **Paul Schultze & Sohn, Merseburg,** Gothardtstr. 4.

Stadttheater Halle

Freitag, abds. 7.30 Uhr: **Madame Butterfly** (Die kleine Frau Schmetterling).

Sonnabd., abds. 7.30 Uhr: **Eine Nacht in Venedig.**

Unsere Mitglieder laden wir zu dem Sonntagabend, den 14. d. Mts., von abends 8 Uhr **Gartenkonzert** an stattfindenden mit anschließend. Kränzchen im Kaffeehaus **Meuschau** erg. ein. F. Vorstand.

Städte-Feuersozietät. Vom 16. d. M. ab auf 2 bis 3 Wochen **schreibgewandte Aushilfskräfte** gesucht. Meldungen Lauchstädterstr. Nr. 2.

Herren- und Damen-Räder günstig. **Schmidt,** Leipzig, Klosterg. 16

Ein Paar schwarze **Ledergamaschen** zu verkaufen. Wo? Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Telegrafenmast ca. 25 cm stark, 10 m hoch, preiswert zu verkaufen **Hälterstraße 4.**

Vogelbauer mit Ständ (Nußbaum) u. ein **Hebebaum** zu verkaufen. Wo? Zu erfrag. i. d. Exp. d. Bl.

Junger Mann, Feuersozietäts-Beamter, sucht möglichst bald in gut bürgerl. Hause **möbl. Zimmer.** Gefl. Offert wolle man unt. W. R. in der Geschäftsstelle dies. Ztg. niederlegen.

Junger Herr sucht **möbl. Zimmer** für sofort od. später. Gute Bezahlung. Angeb unt. 345 an die Exped. d. Bl.

Junger Kaufmann sucht gegen gute Bezahlung **möbl. Zimmer** Angebote unt. No. 369/28 an die Expedition d. Bl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230712-11/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 161 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag, den 12. Juli 1923

Steuerunrecht.

Nach wie vor ist eine der wichtigsten Propagandamittel der Franzosen zur Beeinflussung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland die Bekämpfung von der ungleichmäßigen Verteilung der deutschen Steuerlasten. Behauptungen, die leider auch von gewissen linksstehenden deutschen Stellen in völliger Unkenntnis der Verhältnisse immer wieder verbreitet werden.

Grundsätzlich ist zunächst zu bemerken, daß die Einkommensteuer allein keinen Maßstab für die Belastung der einzelnen Volksschichten mit Steuern bildet. Denn außer der Einkommensteuer ist der Besitz in Deutschland zur Zeit noch belastet mit Vermögenssteuer, Zwangsanleihe, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, Grunderwerbssteuer, Erbschaftssteuer, Kapitalverkehrssteuer, Emissionssteuer, Steuer aus dem Umsatz von Wertpapieren und Devisen, Personen- und Güterverkehrssteuer, Versicherungssteuer, Luxussteuer etc. Ueber die Erträgnisse aller dieser Steuern und über ihren Anteil an Gesamtsteueraufkommen des Reiches liegen bisher keine zahlenmäßigen Feststellungen vor. Tatsache ist jedoch, daß diese Steuern zusammengenommen den deutschen Besitz viel stärker belasten als gleichwertige Einkommen und Vermögen im Ausland. Was die Verteilung der Einkommensteuer auf die einzelnen Schichten der Bevölkerung betrifft, so ist folgendes zu bemerken: Im Steuerjahr 1922 betrug der Gesamtertrag der Einkommensteuer 533 Milliarden Mark. Davon sind aufgebracht durch Steuerabzug vom Arbeitslohn 466 Milliarden Mark. Es ergibt sich daraus also äußerlich gegenüber einem Betrag von 466 Milliarden Mark Steuerabzug vom Lohn ein Betrag von 67 Milliarden Mark, der durch die Veranlagung zur Einkommensteuer aufgebracht ist. Diese Ziffern ergeben jedoch ein falsches Bild. Es kommt nämlich bei ihnen nicht zum Ausdruck, daß der Betrag von 67 Milliarden Mark nicht aus Steuereinkünften aus der Veranlagung des Jahres 1922 entstand, sondern daß er auf Grund der Veranlagung für das Jahr 1921 zustandegekommen ist, während der Betrag von 466 Milliarden Mark Steuerabzug für das Steuerjahr 1922 entrichtet worden ist, sich also auf einen späteren Zeitraum erstreckt, in dem die Mark eine weitere Verschlechterung erfahren hatte. Daraus erklärt sich die äußerlich geringe, an Kaufkraft aber hohe Summe von 67 Milliarden Mark gegenüber der Summe von 466 Milliarden Mark Steuerabzug. Wenn man das Verhältnis des Einkommens aus dem Steuerabzug vom Arbeitslohn zum Steuereinkommen aus der Veranlagung feststellen will, so hat man die Ziffern festzustellen, die aus der Veranlagung für das Jahr 1922 entstanden sind. Diese Veranlagung ist jedoch erst am 30. April 1923 abgeschlossen, sodaß ihr Ergebnis noch nicht feststeht. Für das Jahr 1921 sind amtliche Feststellungen über das Verhältnis zwischen der Steuer durch Lohnabzug und der Steuer aus Veranlagung jedoch bereits vorhanden. Das Ergebnis der Einkommensteuer beträgt 42,099,237,264 Mark. Davon sind gedeckt durch die nicht veranlagten Lohnsteuerpflichtigen 7 830 827 684 Mark = 18,6 Prozent; durch die übrigen, Berufsstände, d. h. durch die veranlagten Steuerpflichtigen 34 264 209 580 Mark = 81,4 Prozent. Diesen Zahlen entspricht eine Steuerbelastung durch Steuerabzug bei den nicht veranlagten Steuerpflichtigen von 509 3 Mark pro Kopf, während die Steuerbelastung der veranlagten Steuerpflichtigen pro Kopf 2,798 08 Mark beträgt! Daraus ergibt sich, daß bei genauen statistischen Feststellungen das Verhältnis der Lohnsteuer zu dem Steuerbetrag, der durch Veranlagung aufgebracht wird, wesentlich anders ist, als vielfach behauptet wird.

Den Einwänden, daß der Ertrag aus der Lohnsteuer eher zur Verfügung des Reiches gelangt, ist zu entgegnen, daß die Schuld hieran nicht dem Steuerpflichtigen, sondern der durchaus verfehlten Steuereinziehungspolitik des Reiches zuzuschreiben ist, die seinerzeit allen Warnungen zum Trotz gerade von linksstehender Seite verlangt wurde. Ferner ist zu berücksichtigen, daß durch die jüngste Steuergesetzgebung auch für eine sofortige Zahlung der Einkommensteuer, die gleichzeitig mit der Steuereinschätzung zu erfolgen hat, gesorgt ist, und daß durch die Vorauszahlungen das Reich im Laufe des Steuerjahres fortlaufend in den Besitz eines wesentlichen Teils der Einkommensteuer gelangt.

Fortschritt der Festmarkrechnung.

Die Festmarkrechnung hat vorgestern auf den beiden wichtigsten Gebieten, auf denen sie bisher noch nicht vorgedrungen ist, bei den Steuern und den Löhnen wesentliche Fortschritte gemacht.

Der preußische Landtag hat nicht darauf gewartet, bis das Reichsfinanzministerium einen nach jeder Richtung hin einwandfreien Steuerindex gefunden hat, sondern ist in der Valorisierung der Steuern vorangegangen. Bei allen tarifierten Steuern soll künftig, entsprechend der Geldentwertung, automatisch ein Zuschlag erhoben werden. Die Festsetzung des Steuerindex hat man vorläufig dem Staatsministerium überlassen und hat nur Kautelen dafür geschaffen, daß der Steuerindex nicht zu hoch ausfällt. Als Höchstindex soll der Goldzollaufschlag dienen, dagegen können für einzelne Steuerarten niedrigere Indexziffern gewählt werden. Diese Vorsichtsmaßnahmen sind als Provisorium durchaus annehmbar. Wenn man das Indexsystem bei der Steuererhebung erst allgemein eingeführt hat, so wird die notwendige Folge ohnehin sein, daß man die Steuersätze wieder auf ein vernünftiges und tragbares Maß zurückschraubt. Die Valorisierung, die jetzt vom Landtag beschlossen worden ist, soll sich nicht nur auf die nach festen Sätzen erhobenen Staatssteuern, sondern auch auf die Gemeindesteuern erstrecken, wird also ein großes Anwendungsgebiet haben.

Auch bei der Valorisierung der Löhne hat man nicht auf eine zentrale Regelung gewartet, sondern einzelne Verbände sind selbständig vorgegangen. Als erster hat der Berliner Einzelhandel in dem vorgestern abgeschlossenen neuen Tarifvertrag die Valorisierung vorgenommen. Das Arbeitseinkommen wird in ein festes Grundgehalt und einen beweglichen „Entwertungsfaktor" eingeteilt, der für die erste Juliwoche auf 50 vom Hundert festgesetzt ist. Für die weiteren Gehaltszahlungen im Juli soll der Dollar und das Goldzollaufgeld als Meßziffer dienen, für August soll dagegen der reformierte amtliche Lebenshaltungsindex zugrunde gelegt werden und, wenn der neue Reichsindex bis dahin noch nicht fertiggestellt ist, eine paritätische Kommission von je sechs Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus den Berliner Kleinhandelspreisen einen Index ermitteln.

Steueranpassung in Preußen.

Der Preußische Landtag brachte vorgestern seine Sommertagung zum Ende. Endgültig angenommen wurden: ein Ilrantrag der Koalitionsparteien, der die Dienstbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten erhöht, sowie mehrere kleine Vorlagen über Besoldungsfragen einzelner Beamtengruppen; der Gesetzentwurf zur Anpassung der Steuersätze an die Geldentwertung.

Endgültig angenommen wird ferner die Vorlage, durch die das Verfahren zur Abänderung der Sätze von kommunalen Abgaben vereinfacht und einem Gemeindeausschuß übertragen wird. Die Zuschläge zu den vom Staate veranlagten Realsteuern für 1923 sollen sich nach Maßgabe der Verhältniszahl wandeln, die in dem im Vorjahre angenommenen Gesetze über die Anpassung der Steuern an den Geldwert eingeführt worden ist. Das soll aber keine Anwendung finden auf Gemeindezuschläge für Grundvermögensteuer und auf Lohnsummensteuern der Gemeinden.

Weiter wird endgültig erledigt ein Gesetzentwurf, der staatliche Verwaltungsgebühren für Amtshandlungen staatlicher Organe einführt, die im wesentlichen im Interesse einzelner erfolgen. Schließlich wird noch die Novelle zum Stempelsteuergesetz endgültig beschlossen, unter Annahme eines sozialdemokratischen Antrages, der den Steuertarif verschärft.

Politische Rundschau

Die Beamtengehälter.

Zu den Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Beamtenorganisationen sind die vorläufigen Juligehälter der Beamten um durchschnittlich 88 Prozent erhöht worden und zwar ist der Teuerungszuschlag, der bis jetzt 87 Prozent betrug, auf 237 Prozent heraufgesetzt worden. Weiter ist zu berichten, daß auch die Kinderzulage vor einigen Tagen im Reichstage durch Initiativantrag der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230712-11/fragment/page=0005

bürgerlichen Parteien erhöht worden ist. Sie beträgt jetzt pro Monat für Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahre 80 000 Mark, bis zum vollendeten 14. Lebensjahre 90 000 Mark, bis zum 21. 100 000 Mark. Die Frauenzulage beträgt 166 000 Mark. Die Reichsbehörden haben am Dienstag ihre Zahlstellen angewiesen, die Auszahlungen sofort vorzunehmen, so daß die Beamten und Staatsarbeiter bereits Mitte dieser Woche im Genuß der erhöhten Bezüge sein werden, die übrigens nicht nur für diesen Monat, sondern für das laufende Vierteljahr vorausgezahlt werden. In den wichtigsten Gehaltsgruppen stellt sich das Einkommen eines unverheirateten Beamten in Berlin, wie wir den „L. N. N." entnehmen, jetzt folgendermaßen:

A. **Aufsteigende Gehälter:**

Kl. 1:	Schrankenwärt.	Anfangsgeh. 1568160 M.	Endgeh.	2067120 M
„ 3:	Schaffner	„ 1908800 M.	„	2558160 M
„ 5:	Zugführer	„ 2383920 M.	„	3175920 M
„ 7:	Obersekretär	„ 3088000 M.	„	3999600 M
„ 9:	Oberinspektor	„ 3960000 M.	„	5068800 M
„ 10:	Regierungsrat	„ 4455000 M.	„	5797440 M
„ 11:	Regierungsrat	„ 5560920 M.	„	6601320 M
„ 12:	Oberregierungsrat	„ 5872680 M.	„	7591320 M
„ 13:	Ministerialrat	„ 6290400 M	„	8949600 M

B. **Einzelgehälter:**

Gruppe 1: Reichsgerichtsr. Anf. u. Endg.	9 405 000 Mk.
Gruppe 2: Präsident	10 612 800 Mk.
Gruppe 3: Ministerialdirektor	12 196 800 Mk.
Gruppe 4: Botschafter	12 711 600 Mk.
Gruppe 5: Staatssekretär	16 038 000 Mk.
Gruppe 6: Minister	23 284 800 Mk.
Gruppe 7: Reichskanzler	25 660 800 Mk.

Bezüglich der Diäten der Reichstagsabgeordneten ist insofern eine Aenderung eingetreten, als die Diäten nicht mehr ¼ des Grundgehalts zuzüglich des Ortszuschlags der Gruppe B 6 betragen, sondern jetzt vom Gruppengehalt allein zuzüglich der üblichen Zuschläge errechnet werden. Nach dem gegenwärtigen Stand betragen die Diäten der Reichstagsabgeordneten 5 643 000 Mark. Die obengenannten Kinderzuschläge sind, wie ausdrücklich betont werden muß, nur Grundbeträge, die sich nach dem jeweiligen Teuerungszuschlag zuzüglich örtlicher Sonderzulagen erhöhen.

•

Die russischen Schiffe in Marseille.

Scharfer Notenwechsel zwischen Poincare und Tschitscherin.

Moskau, 11. Juli. In seiner Antwort auf die Protestnoten der Sowjetregierung gegen die Sequestrierung und den Verkauf der von General Wrangel fortgeführten Schiffe durch die französische Regierung erklärt Poincare, die französische Regierung sei sich darüber klar, daß die Schiffe Eigentum Rußlands seien, jedoch könnten sie nur einer gesetzmäßigen russischen Regierung zurückerstattet werden. Frankreich habe die Sowjetregierung nicht anerkannt, weil diese die internationalen Verpflichtungen Rußlands nicht erfüllt habe. Frankreich sei der Gläubiger Rußlands und besitze daher das Recht, russisches Eigentum zu sequestrieren.

In einer neuen Note erwidert Tschitscherin, daß das französische Vorgehen in Rußland als feindseliger Akt empfunden werde und zum Abbruch der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern führen könne. Während die Unantastbarkeit russischen Staatseigentums in England und Amerika durch gerichtliche Urteile und in fast allen Ländern durch Verträge gewährleistet sei, erkläre Frankreich plötzlich sein Recht auf Konfiskation. In bezug auf die russischen Schuldverpflichtungen weist Tschitscherin darauf hin, daß die Sowjetregierung in Genua die russischen Vorkriegsschulden anerkannt habe, unter der Voraussetzung, daß auch die russischen Gegenforderungen aus den Interventionen der Entente anerkannt werden.

Streit um Fiume.

Belgrad, 11. Juli. Einem Berichte der „Tribuna" aus Suschak zufolge befinden sich die italienischen Besatzungstruppen von Fiume seit gestern in voller Bereitschaft und Kriegsausrüstung. Die Wachtposten an den jugoslawischen Grenzen sind verdreifacht worden. Militärpatrouillen von Fiume durchkreuzen alle Gassen von Fiume und an allen öffentlichen Gebäuden sind italienische Staatswappen ausgestellt. In faszistischen Kreisen werden Gerüchte verbreitet, daß General Diaz mit Hilfe italienischer Militärkreise die Annektion der Stadt Fiume an Italien zu proklamieren beabsichtigt, um einerseits den bisherigen langwierigen Verhandlungen italienischer und jugoslawischer Politiker über die Regelung der Fiumefrage ein rasches Ende zu machen und andererseits die italienische und jugoslawische Regierung vor eine vollzogene Tatsache zu stellen. In Suschak und Fiume herrscht wegen dieser Gerüchte große Aufregung. In maßgebenden politischen reisen in Belgrad ist darüber nichts bekannt.

Rücktritt Don Sturzos.

Rom, 11. Juli. Der Nationalrat der katholischen Volkspartei ist gestern unter dem Vorsitz des Senators Soderni zusammengetreten. Don Sturzo hat seine Demission als politischer Sekretär der Partei eingereicht. Er erklärte, daß seine Persönlichkeit die Kirche nicht in unvermeidbare politische Konflikte verwickeln dürfe. Der Nationalrat hat beschlossen, die Arbeit des politischen Sekretariats einer Körperschaft von drei Personen anzuvertrauen, deren Vorsitz der frühere Minister Rodino führen soll.

Eine peinliche Charakteristik.

Die tschechische Presse ist entrüstet. Unerhörtes ist passiert. Ueber den neuen tschechischen Staat hat einer die Wahrheit gesagt. Und dazu noch ein Franzose, einer von der großen „Brüdernation", die Wahrheit. Diese Wahrheit ist äußerst peinlich, doppelt peinlich, weil sie in „Larousse universel" steht, einer weit verbreiteten französischen Enzyklopädie, dem „kleinen Meyer" der Franzosen. In diesem Konversationslexikon steht nämlich über die Tschechoslowakei:

„Die tschechoslowakische Republik ist ein Staat ohne physikalische, nationale und religiöse Einheit. Das slawische Element macht dort drei Fünftel der gesamten Einwohnerschaft aus, zerfällt aber in Tschechen, Slowaken, Ruthenen und Polen, die einander gegenseitig wenig sympathisch sind: die ketzerischen Tschechen verfolgen dort die katholischen Tschechen und Slowaken. Es gibt also weder einen physikalischen noch einen nationalen Zusammenhalt; es gibt auch keine guten Grenzen. Die Tschechoslowakei ist in der Hauptsache das Produkt politischer Kombinationen."

Die Aufregung der tschechischen Blätter ist begreiflich. Die Wahrheit ist wirklich sehr unangenehm.

Der geistesgestörte tschechische Gesandte in Warschau.

Warschau, 11. Juli. Zur Abreise des tschechischen Gesandten Dr. Ara von Warschau erfahren wir: Der Gesandte zeigte in der letzten Zeit wegen Ueberanstrengung eine außergewöhnliche Aufgeregtheit. Ende der letzten Woche ging seine Nervosität in Geistesstörung über. So erschien er mit einem großen Paket Zeitungen in einer Loge des Theaters „Vaudeville", legte die Füße auf das Gitter der Loge, schrie und sang während des Spiels und begann die mitgebrachten Zeitungen ins Publikum zu werfen. Die Musik wurde unter zahlreichen Protestrufen des Publikums unterbrochen und der Gesandte aus der Loge herausbefördert. Gesandter Ara hat sich jetzt zu einer längeren Kur nach der Tschechoslowakei zurückbegeben. Der Gesandte spielt in seinem Lande als wichtiges Mitglied der Benesch-Partei und Intimus des Staatspräsidenten Masaryk eine besonders wichtige Rolle und verdankt diesem Umstande seine Entsendung auf den schwierigen Posten, den er nunmehr verlassen mußte.

Eilige Räumung der Gefängnisse.

Mainz, 11. Juli. Die Franzosen haben die deutschen Strafgefangenen aus dem Gefängnis entlassen und einfach auf die Straße gesetzt. Die deutsche Behörde hat nun die weiblichen in das Gefängnis nach Diedburg und die männlichen in das Zuchthaus nach Butzbach überführen lassen. Die Franzosen haben auch die deutschen Angestellten der Strafanstalten entlassen. Man stellt Betrachtungen über die Frage an, warum die Franzosen es mit der Räumung der Gefängnisse auf einmal so eilig haben.

Bunte Zeitung

Die Angst vor dem Revolver.

Als kürzlich bei einer zu Montreal in Kanada stattfindenden Gerichtsverhandlung der Gerichtshof im Saale erschien, sprang der Angeklagte Leo Rogers von der Anklagebank auf, zog einen Revolver aus der Tasche und befahl den Richtern, dem Staatsanwalt, dem Gerichtsdiener und dem im Saale anwesenden Publikum: „Hände hoch!" Der kategorische Befehl wurde allgemein befolgt, worauf der Angeklagte die Treppe hinunterellte, den Schlag eines Autos aufriß, das vor dem Hause hielt, die Insassen mit vorgehaltenem Revolver hinaustrieb, um sich selbst in den Wagen zu setzen und dem Chauffeur, immer mit vorgehaltenem Revolver, den Befehl zu schleunigster Fahrt aus der Stadt heraus zu geben. Als das Auto sich außerhalb des Weichbildes von Montreal am Rande eines Waldes befand, ließ der Insasse den Wagen halten, sprang heraus, warf lachend den Revolver in den Wagen und verschwand im Walde. Als der Chauffeur sich die Waffe besah, mußte er erkennen, daß er einem Bluff zum Opfer gefallen war: denn der Revolver war aus Pappe. Wie sich später herausstellte, hatte Rogers ihn in der Untersuchungshaft mit großer Geschicklichkeit nachgebildet. Der Angeklagte Rogers hat bisher nicht die Liebenswürdigkeit gehabt, sich wieder erwischen zu lassen.

Certan vernichtet Wanzen tötet Ungeziefer bei Haustieren.
Erhältl. i. Apotheken, Drogerien usw.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230712-11/fragment/page=0006